

Senioren- Report



Geschäftsstelle Berlin

Ausgabe 125 November 2024



**Der Senioren-Arbeitskreis zur aktuellen Rentendiskussion
auf der Delegiertenversammlung im September**

Inhaltsverzeichnis

Grußwort Jan Otto · Weihnachtserinnerung.....	1
Mitgl.Treffen Museum Barberini	2
Mitgl. Versammlung EU-Wahl.....	3
Altersvorsorge mit Aktien (FDP).....	4
Delegiertenversammlung.....	5
Maßnahmen Seniorenpolitik · Rentenniveau.....	6
Mitgl.Treffen Gärten der Welt.....	7
Ageismus · Schlechte Stimmung.....	8
Gesundheit u. Pflege · Ist AfD schlimm?.....	9
SenAK bei Warnstreiks	10
Tarifrunde M+E Industrie.....	11
Inflationsausgleich für Rentner · Termine Senioren.....	12

Impressum

Redaktion:

Ramon Zorn, Hartmut Herold, Werner Kühnemann, Dorothea Lay,
Hartmut Meyer, Manuela Wegener, Monika Wittek

Titelbild: Hartmut Herold

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 14.02.2025

V.i.S.d.P.: Jan Otto, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Berlin

Email-Adresse für Beiträge zum Senioren-Report:

seniorenreport@gmx.de

Senioren-Report im Internet:

<https://www.igmetall-berlin.de/gruppen/ak-senioren/senioren-report>



Grußwort

Jan Otto
Erster Bevollmächtigter
IG Metall Berlin



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir bewegen uns in ereignisreichen und vor allem herausfordernden Zeiten. Einerseits ist uns unter schwierigsten Bedingungen ein akzeptabler Abschluss in der Metall- und Elektroindustrie gelungen, andererseits ist fast zeitgleich die Regierungskoalition zerbrochen und begleitet in einer sich deutlich abzeichnenden Rezession die Krise der Industrie. Zu viele Entscheidungen sind zu spät oder gar nicht getroffen worden. Umso wichtiger ist es jetzt, sich für 2025 vorzubereiten:

Wir setzen die Kampagne „Industrielle Substanz sichern – Familien stärken und Wohnraum bezahlbar machen“ (Arbeitstitel) aufs Gleis. Und da brauche ich Euch. Lasst uns gemeinsam die Bundestagswahl beeinflussen und der Politik klar machen, was wir wollen. Unsere Familien brauchen bezahlbaren Wohnraum, sichere Arbeitsplätze und auch Zeit, um sich um ihre Angehörigen zu kümmern. Ein dezentraler Aktionstag im März 2025 wird all unsere Kräfte benötigen. Aber auch davor und danach müssen wir für unsere Forderungen eintreten. Vielleicht können wir nicht die Regierung herbeizaubern, die wir uns wünschen, aber diesmal wollen wir klar machen, was wir von ihnen erwarten.

Zu lange schon werden soziale Themen nach hinten gerückt, zu spät wurde die Transformation der Industrie begleitet und zu viel müssen heute Familien investieren, da sie von Pflege- bis Betreuungsarbeit an vielen Stellen zerrissen werden. Das muss ein Ende haben. Gemeinsam mit den betrieblichen Kollegen bitte ich Euch, zahlreich sichtbar und laut zu sein. Auch die Renten müssen wir sichern.

Wenn die Politikverdrossenheit in diesem Land sich bessern soll, braucht es sichtbare Erleichterungen für uns alle. Und nicht noch mehr Boni für Vorstände und Kapitalisten.

Trotz dieser Herausforderungen wünsche ich uns allen schöne Feiertage und viel Zeit mit unseren Liebsten!

Kämpferische Grüße, Euer Jan

Alle Jahre wieder...

...die Frage: wie haltet ihr es mit der Einstimmung auf Weihnachten? Da kommen mir Erinnerungen aus der Kindheit hoch. Die ungeduldige Vorfreude auf das Fest. Mit dem Adventskalender die Tage herunterzählen. Weihnachtsgeschenke basteln - ohne Geld war kaufen keine Option. Wunschzettel schreiben und leider die Pflicht, ein Gedicht für den Weihnachtsmann zu lernen. Wer ein Instrument gelernt hatte, musste das auch am Heiligabend vorspielen. Vor allem musste man ein paar Wochen ganz brav sein, um seine Geschenke nicht zu gefährden.

Die Mutter bereitete im Advent die Wohnung für die Festtage vor. Sie schmückte die Zimmer mit den angesammelten weihnachtlichen Dekorationsartikeln: Adventskranz, Sterne, Engel, Kerzen, Schwibbogen und Pyramiden aus dem Erzgebirge. Sie backte Plätzchen und kochte das Festmahl, das üppiger ausfallen musste als alles, was im Laufe des Jahres auf den Tisch kam.

Vater war für den Weihnachtsbaum zuständig. Der wurde meist auf den letzten Drücker besorgt, in der Hoffnung, ein besonders günstiges Restexemplar zu erwerben. Leider handelte es sich oft um krumme, mit spärlichen Trieben versorgte Gewächse. Mit reichlich Lametta, bunten Kugeln und Süßigkeiten behängt, wurden alle Mängel überdeckt. Die ganze Familie begeisterte sich schlussendlich an der geschmückten Pracht.

Falls am Heiligabend vorher Stress und Streit in der Familie herrschte, dann sagte Mutter am Abend im Kerzenschein des Weihnachtsbaums „**jetzt machen wir es uns gemütlich**“. Genau so wie bei Familie Hoppenstedt (Loriot).

**Euch allen eine friedliche und entspannte
Advents- und Weihnachtszeit.
Kommt gut ins Neue Jahr.**



Als Siebenjähriger auf dem Weihnachtsmarkt am Funkturm

*Bürobote
Rama Zotti*

Kunst und Kultur in Potsdam

Die IG Metall-Senioren Berlin waren zum dritten Mal hintereinander zu Besuch in Potsdam. Nach der Dampferfahrt und der Demo zum Tarifauftakt nun Kultur pur im Museum Barberini unter dem Motto des Stifters Hasso Plattner: „das Original erleben, die Begeisterung teilen“.



Das Barberini

Foto Buchi

Vor 250 Jahren ließ Friedrich der Große das Palais Barberini am Alten Markt in Potsdam erbauen. Vorbild war der Palazzo Barberini in Rom aus dem 17. Jahrhundert. Bauherr war Matteo Barberini (1568-1644), der spätere Papst Urban VIII.

Im 19. Jahrhundert wurde das Palais in Potsdam durch Friedrich Wilhelm IV. um- und ausgebaut, es wurden zwei Seitenflügel hinzugefügt. Im April 1945 durch Bomben zerstört, wurde die Ruine 1948 abgerissen, daraus wurde Parkplatz und Grünfläche.

2013 – 2016 erfolgte der Neubau des heutigen Museums Barberini, ermöglicht durch den Ehrenbürger von Potsdam, Hasso Plattner (SAP) und seiner Foundation.

Ich war erfreut, dass sich 34 Senioren und Seniorinnen angemeldet hatten, da es um Kunst und Kultur ging. Treffpunkt war der Wasserturm am Hbf Potsdam, dann ging es zum Museum. Wir wurden in zwei Gruppen à 17 Personen durch die Sammlung geführt.



Foto Werner Kühnemann

Viele Details wurden erklärt und nun weiß man zum Beispiel, warum es so viele Gemälde mit Wasser dort gibt: weil der Stifter Hasso Plattner ein Faible für den Wassersport hat. Die Ausstellung zeigt 113 Meisterwerke des Impressionismus - von Monet, Renoir, Morisot, Sisley, und Signac. Mit 39 Gemälden von Claude Monet ist es die größte Sammlung seiner Bilder außerhalb Frankreichs.

Hinweis: In der Alten Nationalgalerie in Berlin-Mitte kann man Claude Monets Bilder der Stadtansichten Paris in einer aktuellen Ausstellung bewundern.



Auf der Nikolaikirche

Foto Hartmut Herold

Nach dem Museumsbesuch ging es in die Nikolaikirche am Alten Markt, wo uns schon Herr Engel erwartete. Auf der Empore konnten wir noch einen Teil des Orgel-Konzerts genießen. Danach erklärte uns Herr Engel die Geschichte der Nikolaikirche anhand von Fotos. Das war sehr interessant. Einige von uns stiegen noch die über 200 Stufen zum Turm hinauf, um einen Blick auf Potsdam zu genießen.

Danach ging es zum Italiener um die Ecke an der Langen Brücke, wo für uns Plätze reserviert waren. So wie ich das verstanden habe, waren alle zufrieden mit dem Essen und dem Kulturprogramm. Danach konnte, wer Lust und Laune hatte, noch Potsdam besichtigen.

Werner Kühnemann



Foto Buchi

Europa rückt nach rechts

Das Thema der Mitgliederversammlung war „Die Europawahl 2024 – Auswertung“.

Hierzu waren 37 Mitglieder in den Saal gekommen, um eine Analyse von Jan Brauburger zu hören. Er arbeitet jetzt im Digitalteam der IG Metall Berlin, war aber auch zum Thema Europa beim Vorstand tätig.



Astrid Diebitsch mit Jan Brauburger Foto Ramon Zorn

Nun ist die Europawahl gefühlt lange her, zumal uns die Landtagswahlen inzwischen beschäftigt haben. Aber viele der Auswertungen waren doch interessant und gaben Stoff für Diskussionen.

Zum Beispiel das Wahlverhalten der über Sechzigjährigen, die weniger den rechten Populisten folgten als der Durchschnitt der Gesamtwähler. Die Jüngeren wählten häufiger die AfD als die Älteren, insbesondere die Jungwähler.

Auch bemerkenswert: der Zuwachs, den die kleinen Parteien verbuchen konnten. Es sind jetzt insgesamt 14 Parteien aus Deutschland im Europa-Parlament vertreten.

Natürlich gab es auch schlechte Nachrichten: Der Rechtsruck in Deutschland ist genauso in anderen Ländern Europas zu beobachten, zum Beispiel in Frankreich und Österreich. Schade. Darüber darf man nicht vergessen, dass die Parteien, die pro-europäisch eingestellt sind, weiterhin eine große Mehrheit darstellen.

Dann beschäftigten wir uns noch mit der Zukunft des Europa-Parlaments: Können andere Mehrheiten alle Beschlüsse wieder zurückdrehen? Dies ist nicht zu erwarten, dazu müssten sich ja erst mal Mehrheiten finden. Außerdem hat das Parlament kein Initiativrecht: Es darf keine neuen Gesetze vorschlagen, sondern nur die Vorschläge der EU-Kommission annehmen oder ablehnen.

Insgesamt hätte die Analyse noch tiefer gehen können. Vieles hatte man doch schon in der Zeitung gelesen.



Foto Buchi

Besonders ärgerlich war aber, dass im IG Metall-Haus seit mehr als einem Jahr beide Aufzüge kaputt sind. Gerade wir Senioren und Seniorinnen sind auf einen barrierefreien Zugang angewiesen. Bisher waren jedoch alle Beschwerden erfolglos. Wir müssen wohl massiver werden!

Manuela Wegener



Der Advent ist die Jahreszeit, in der man von einer besinnlichen Stunde zur anderen hetzt.

Edgar Kotzur, Berliner Pfarrer



Altersvorsorge à la FDP: Hauptsache Finanzmarkt

Ex-Bundesfinanzminister Christian Lindner stellte den Plan von staatlich geförderten Altersvorsorgedepots vor. Lindner-Rente statt Riester-Rente?

Ganz im Sinne der „Fokusgruppe private Altersvorsorge“ möchte Ex-Bundesfinanzminister Christian Lindner denjenigen, denen eine eigene Sparleistung möglich ist, die Potenziale des Aktienmarkts für die private Altersvorsorge schmackhaft machen. Bei der Vorstellung seiner Pläne betonte er, dass es den Freien Demokraten schon lange ein besonderes Anliegen sei, die Aktienkultur in Deutschland zu stärken.

Damit ist eigentlich schon alles gesagt. Es geht nicht um die Altersvorsorge und es geht schon gar nicht um die Rente. Man gebraucht diese Titel nur als Überschrift, um die Kosten dem Haushalt für Soziales aufdrücken zu können. Konkret sieht das so aus:

Um das Anliegen der FDP voranzubringen, vergolden die „Schuldenbremser“ den Aktienkauf mit 20 Cent auf jeden eingezahlten Euro. Und da es sich um eine staatliche Förderung der Altersvorsorge handelt, ist es eine Sozialleistung. Und die geht zu Lasten des Haushalts für Soziales.

Gucken wir mal genauer hin:

Neben der bisherigen 100-prozentigen Beitragsgarantie sollen die Bürger zwischen einem Produkt mit 80-prozentiger Beitragsgarantie und einem privaten Altersvorsorgedepot ohne jegliche Garantie entscheiden können.

Schauen wir zuerst auf die sichere Form. Hier werden die eingezahlten Beträge garantiert.

Wenn wir jeden Monat 100 Euro einzahlen, investieren wir in 40 Jahren 48.000 Euro. Der Staat gibt nochmal 9.600 Euro hinzu. Insgesamt hat man nach 40 Jahren 57.600 Euro auf dem Konto. Prima. Leider verliert das Geld im Lauf der Zeit an Wert. Aus den 57.000 Euro werden so bei einer angenommenen Preissteigerung von zwei Prozent/Jahr 39.111 Euro. Das entspricht einem Wertverlust von rund 32 Prozent.

Um den Wertverlust auszugleichen, braucht man zusätzlich zur staatlichen Förderung noch eine Verzinsung von zwei Prozent/Jahr. Aktuell geht das.

Allerdings kommt man an seine Spareinlagen erst mit Vollendung des 65. Lebensjahrs ran. Und wenn man das Geld wegen Änderung der Lebensverhältnisse vorher braucht? Dann gehört man zu den 20 Prozent der Haushalte, die den besser gestellten Haushalten bei der Vermögensbildung zusehen dürfen.

Hier sagt die Fokusgruppe: „Für Personen, denen der finanzielle Spielraum fehlt, ist nach wie vor die Absicherung über die gesetzliche Rentenversicherung entscheidend.“

Durch Lindners Altersvorsorge erwartbare Budgetkürzungen im Sozialministerium würde für die Absicherung unterer Einkommen allerdings kaum etwas übrig bleiben.

Wer also die Möglichkeit hat, dass sein Lebensstandard auch im Alter erhalten bleibt, wird dafür Sicherheit gebende Angebote nutzen. Das heißt, Lindner will bevorzugt diejenigen beschenken, die ausreichend für's Alter vorsorgen und obendrauf noch etwas „Spielgeld“ zum Zocken übrig haben. Für Lindner ist das für unser Land der große Gamechanger.

Statt die Wertsteigerung der an Lohnsteigerungen gebundenen GRV armutsvermeidend zu stärken, fördert er solvente Mitspieler beim „Steuerfelder versenken im Aktienmarkt-Roulette“.

Beispielrechnung: wem würde es leichter fallen etwas zur Seite zu legen?

Bernd Koch

Bruttolohn	2188	3000	4000	5000
Nettolohn	1583	2001	2602	3125
Sparrate in Euro	% vom Brutto	% vom Brutto	% vom Brutto	% vom Brutto
100	4,57	3,33	2,5	2
200	9,14	6,67	5	4
250	11,43	8,33	6,25	5

Die Rechnung zeigt: Je mehr man verdient desto weniger muss man davon prozentual einsetzen, um in den Genuss von Lindners Steuerzuschuss zu kommen.

Fokusgruppe private Altersvorsorge: von der Bundesregierung eingesetzt, um die Möglichkeit eines öffentlich verantworteten Fonds zu prüfen, der Altersvorsorgenden ein nicht verpflichtendes, kostengünstiges und effektives Angebot zur privaten Altersvorsorge unterbreitet.

Zentrale Zulagenstelle für Altersvermögen (ZfA)

Die ZfA ist eine Abteilung der Deutschen Rentenversicherung Bund. Seit dem 1. Januar 2002 ist sie für die Gewährung der Riester-Zulage zuständig. Die Aufsichtsbehörde der ZfA ist das Bundeszentralamt für Steuern.

Delegiertenversammlung am 26. September 2024 Zur aktuellen Rentendiskussion

Nachdem der Ortsjugendausschuss eine Delegiertenversammlung erfolgreich bestritten hatte, wollte der Senioren-Arbeitskreis auch einmal zeigen, dass er für die Geschäftsstelle einen aktiven Beitrag leisten kann.

Nach vielen internen Diskussionen, wie wir so etwas lebendiger gestalten können, als die bisherigen „normalen“ Delegiertenversammlungen, hatten wir ein Konzept.

Natürlich sind wir alle mit Herzblut dabei gewesen und haben umso heftiger miteinander um die richtige Vorgehensweise gerungen - abgeschlossen wurde dieser Prozess auf unserem Workshop in Erkner.

Erste Neuerung: die Sitzungsleitung übernahmen Dorothea Lay und ich. Unser Erster Bevollmächtigter Jan Otto wurde gebrieft, einen möglichst kurzen Geschäftsbericht zu geben und hielt sich dran. Trotzdem gab es einige überraschende Redebeiträge, die unseren Zeitplan etwas torpedierten. So mussten wir etwas eingreifen, als manche Beiträge zum Geschäftsbericht abschweiften zu anderen Themen.

Und so sah unser Konzept aus:

1. zu Beginn einen Sketch zwischen Jung und Alt zu aktuellen (Tot-) Schlagworten aus der Presse.
2. Als Überblick und Einstieg das 3 Säulenmodell erklären anhand einer Powerpoint-Folie (Staatliche Rente, betriebliche Rente, private Rente mit Vor- und Nachteilen, Krankenversicherungsbeiträge bei privaten Renten und so weiter).
3. An zwei Ecken im Saal wurden anschließend an Stellwänden jeweils die wichtigsten Begriffe der staatlichen Rente und des IG Metall-Vorschlags zur zukunftsweisenden solidarischen, staatlichen Rente erklärt. Dabei ging es im Wesentlichen darum, die Solidarität untereinander weiter zu stärken.
 - Zur staatlichen Rente erklärten wir Begriffe wie Rentenpunkt/Rentenwert/Rentenzugang/ Generationenkapital und die Risiken der Anlagen, sofern sie auf Krediten basieren.
 - Im IG Metall-Konzept zur Entwicklung der staatlichen solidarischen Rente wurden die Einbindung aller Erwerbstätigen in die Versicherungspflicht und die Erhöhung des Rentenniveaus usw. gefordert.

Zu unserer Freude gab es viele positive Rückmeldungen zu dieser Delegiertenversammlung von den Delegierten aus den Betrieben, die unsere Vortragsform und das Zeitmanagement erfrischend fanden.

Zum Vorschlag der IG Metall gab es auch kritische Nachfragen und Kommentare. Natürlich braucht man dazu politische Partner, muss Überzeugungsarbeit leisten und wird erst langfristig die gewünschten Ziele erreichen können. Deswegen bleiben wir dran und die Demo am 6. November für die Inflationsausgleichsprämie für Rentner wird nur ein erster Schritt für uns sein. Wir wünschen uns nach wie vor eine Rentenkampagne und wenn sie nicht vom Vorstand kommt, machen wir sie selber.

Hier erst mal einen großen Dank an alle besonders intensiv Beteiligten wie Dorothea, Sabine, Günter, Özge, Helgard, Manuela und Ramon.

Astrid Diebitsch



Günter Triebe (SenAK) und Özge Karabulut vom Ortsjugendausschuss im Sketch über die Rente



Grundbegriffe der Rente erklärt Fotos Ramon Zorn

48 Prozent Rentenniveau - reicht nicht aus!

Die Diskussion um das Rentenpaket II findet kein Ende. Der DGB begrüßt die Stabilisierung des Rentenniveaus auf 48 Prozent und fordert eine Erhöhung auf 53 Prozent - aber reicht das aus?

Reicht das nicht, hilft der Staat

Anfang Oktober 2024 informierte das Statistische Bundesamt, dass zum Ende des ersten Halbjahres 5,4 Prozent mehr Rentner*innen auf eine **Grundsicherung** im Alter zur Rente angewiesen sind. Im Juni 2023 waren es 691.820 Seniorinnen und Senioren Grundsicherung – und ein Jahr später rund 37.000 mehr. Seit 2015 liegt der Anstieg bei 39 Prozent, wobei Frauen häufiger davon betroffen sind.

Eine andere staatliche Hilfe ist das **Wohngeld**. Im Durchschnitt aller Wohngeld-Haushalte liegt der Wohnkostenzuschuss bei etwa 190 Euro im Monat. Etwa die Hälfte der Empfänger sind Rentner*innen.

Viele verzichten auf Sozialhilfe

Jedoch beantragen viele Rentner*innen aus Unwissenheit, Stolz oder Scheu vor der Bürokratie keine staatlichen Leistungen. Statt dessen hungern sie oder gehen Flaschen sammeln. Laut dem Sozialverband VdK nutzen nur etwa 60 Prozent diese Leistungen.

Das Gesetz zur **Grundrente** von 2021 sollte die lebenslange Arbeitsleistung für Geringverdiener anerkennen. Bis Ende 2022 wurden rund 26 Mio. Renten auf einen Anspruch automatisch geprüft. Rund 1,1 Mio. Rentenzahlungen wurden zum Stichtag 31. Dezember 2022 durch einen individuell berechneten Zuschlag aufgestockt, im Durchschnitt 2023 in Höhe von 91 Euro, viele Bedürftige gingen leer aus.

Altersarmut mit Ansage

Es gibt viele Bemühungen, Menschen vor Altersarmut zu schützen, diese reichen aber bei weitem nicht aus. Der Anteil von armen Rentner*innen wurde durch die Schaffung des Billiglohnssektors durch die Harz IV Reformen Anfang der 2000er Jahre beschleunigt. Dazu kommen noch die Erwerbslosenzeiten, denn 45 Jahre als Basis für die Altersrente sind eine Illusion und die Gewerkschaften verlangen als Basis 40 Jahre.

Das alles zeigt, eine Stabilisierung des Rentenniveaus auf 48 Prozent reicht nicht aus! Die von der IG Metall geforderte Erwerbstätigenversicherung muss auf die Tagesordnung, dann sind auch Renten mit dem Niveau von 75 Prozent wie in Österreich möglich!

Klaus Murawski

MASSNAHMENKATALOG ZU DEN LEITLINIEN DER BERLINER SENIORENPOLITIK

Seit Juni 2021 haben wir in Berlin etwas, was die Brandenburger auch gerne hätten: **Leitlinien der Seniorenpolitik**.

Wir hatten im Senioren-Report davon berichtet. Jetzt wurde ein Maßnahmenkatalog ausgearbeitet, der auf 70 Seiten die ganze Bandbreite der Seniorenpolitik abdeckt.

So sperrig wie der Titel ist auch der Inhalt der Broschüre, einfache Sprache ist das eher nicht. Ein Studium der Verwaltungswissenschaften wäre zum Verständnis empfehlenswert.

Aber der Aufgabenplan richtet sich ja auch an den Senat und die Fachreferate der Bezirke.

Für den Laien ist es zum Teil schwer nachzuvollziehen, wie die konkrete Realisierung der umfangreichen Aufgaben umgesetzt werden soll. Wo doch ständig über fehlendes Personal geklagt wird.

Die Maßnahmen sind in vier Kategorien eingeteilt:

- Förderung der gesellschaftlichen und politischen Teilhabe

- Förderung der gleichberechtigten und vielfältigen Teilhabe
- Schaffung der räumlichen Bedingungen für Teilhabe
- Schaffung der gesundheitlichen und pflegerischen Bedingungen für Teilhabe.

Zu jedem Themenkomplex gibt es detaillierte Unterpunkte, in denen festgelegt ist, wer was tun soll.

Nur ein Beispiel: der ÖPNV soll barrierefrei werden. Die U-Bahn-Stationen bis 2028, die Straßenbahnhaltestellen bis 2032. Bei den Bushaltestellen gibt es leider nur eine Prioritätenliste, 100 wichtige Haltestellen sollen entsprechend umgebaut werden.

Allerdings stehen durch die aktuelle Haushaltslage in Berlin alle Vorhaben auf der Kippe.

Ramon Zorn

Eine barrierefreie Version (einfache Sprache) des Maßnahmenkatalogs ist von der Senatsverwaltung für Soziales für die nächste Zeit zugesagt.

Die Gärten der Welt in Marzahn



Die Gruppe mit 23 Kolleginnen und Kollegen traf sich um 10 Uhr am Eingang Kienbergpark an der Seilbahnstation. Nachdem jeder das Eintrittsticket erhalten hatte, fuhren alle in kleinen Gruppen mit der Seilbahn über die Mittelstation bis zur Station Gärten der Welt am Haupteingang. Diese Fahrt geht über 1,5 Km in einer Höhe von 35 Meter über dem Boden. Am dortigen Besucherzentrum begann um 11:15 Uhr mit Frau Regina Burghard die Führung durch einen Teil der Gärten der Welt.



Es begann mit einer allgemeinen Information über die Entstehung dieser Anlage. Bereits 1987 wurde der erste kleine Teil der Anlage für die Gartenschau Marzahn zur 750 Jahrfeier Berlin eröffnet. Erst durch die Vergabe der Internationalen Gartenausstellung (IGA) nach Berlin im Jahr 2017 wurde es möglich, diese 'Gesamtanlage zu planen und zu bauen.

So entstanden im Jahr 2000 der chinesische, 2003 der japanische, 2003-2005 der balinesische und der orientalische Garten. Des weiteren 2006 der koreanische Garten, 2008 der Staudengarten und der Renaissancegarten, 2011 der christliche, 2017 der englische und 2021 der jüdische Garten. Insgesamt bestehen zur Zeit 11 Themengärten auf 102 ha Fläche.

Zur Eröffnung der IGA am 13. April 2017 wurde auch die Gondelbahn eröffnet, die über das Gelände führt. Unsere Führung begann im italienischen Renaissance-Garten. Dieser ist nach Vorbild ehemaliger

toskanischer Villengärten gestaltet. In diesen befanden sich meist Steinbrunnen, Terrakotten und Skulpturen. Danach ging es zu einer kleinen chinesischen und thailändischen Anlage, in denen die Architekten und Gestalter besondere Eigenarten und philosophische Sichtweisen solcher Hausgärten aufzeigten.



Wir kamen an einem Kinderspielplatz vorbei, der mit Figuren und Motiven aus den Erzählungen von Erich Kästner gestaltet wurde. Von dort aus durchwanderten wir den Chinesischen Garten „des wiedergewonnenen Mondes“. Dieser Garten hat eine Fläche von 27.000 qm, davon 5.000 qm Wasserfläche; es ist der größte chinesische Garten Europas. Unser Weg führte uns zum Teehaus und über eine Brücke über den See.

Zum Abschluss besichtigten wir noch den orientalischen und islamischen Garten, den Garten der vier Ströme.



Im Anschluss an die Führung trafen wir uns wieder im Restaurant Giardino Verde im Besucherzentrum, um uns mit Pizza, Pasta und Salat nach dem langen Fußweg zu stärken. Nach dem Essen konnte jeder selbständig den Heimweg antreten, wobei die meisten in der Mittelstation der Gondelbahn auf dem 110 m hohen Kienberg eine Zwischenstation einlegten um auf der 30m hohe Aussichtsplattform „Wolkenhain“ die Rundumsicht auf Wuhletal, Hellersdorf und Marzahn zu genießen. Bei sehr gutem Wetter ging somit ein gelungenes Treffen in den Gärten der Welt zu Ende.

Text Gerhard Hauck, Fotos Buchi

AGEISMUS – ein neues Wort für eine alte Sache

Es geht um Altersdiskriminierung

Warum können ältere Menschen nur noch schwer einen Konsumkredit bekommen, auch wenn dieser im Vergleich zu ihrer Rente bzw. ihrem Vermögen gar nicht groß ausfallen würde? So haben 55 von 100 Banken laut Umfrage des Institutes für Finanzfragen eine Altersgrenze bei der Vergabe von Konsumkrediten.

Inzwischen hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) allerdings entschieden, dass Kund*innen umfänglich informiert werden müssen, aufgrund welcher Kriterien über ihren Kreditantrag entschieden wurde.

Und sind eigentlich die höheren Kfz-Versicherungsbeiträge, die ältere Menschen häufig zahlen müssen, wirklich durch ein entsprechendes höheres Risiko begründet?

Und wer nicht an der digitalen Welt teilnehmen kann oder will, darf auch nicht abgehängt werden.

Wie verbreitet das Problem ist, zeigt der aktuelle Bericht der Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung Ferda Ataman. Der Anteil der Beschwerden, bei denen sich Menschen aufgrund des Lebensalters diskriminiert fühlten, ist von 2022 auf 2023 von 10 auf 14 Prozent gestiegen. Viele Senior*innenverbände fordern deswegen, Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes um das Merkmal „Alter“ zu erweitern.



Ferda Ataman, Antidiskriminierungsbeauftragte des Bundes
Bild: Bundesregierung.de

In der Europäischen Grundrechtecharta ist das Lebensalter dagegen schon explizit als ein unzulässiges Diskriminierungsmerkmal aufgenommen. Niemand darf aufgrund seines Lebensalters ausgeschlossen oder benachteiligt werden, deswegen gilt es, das Grundgesetz und das Allgemeine Gleichstellungsgesetz zu ändern.

Aus dem Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung:

„Erfahrungen und Kompetenzen älterer Menschen sind für unsere Gesellschaft unverzichtbar. Wir wollen, dass Menschen im Alter selbstbestimmt in ihrem frei gewählten Umfeld leben können...“

Quelle: DGB-Seniorenpolitik (Auszug)

Ramon Zorn

Schlechte Stimmung im Land

...kann man auch herbeireden!

Herr Merz von der CDU hat kürzlich im Bundestag die schlechte Stimmung im Land beklagt. Schuld sei die Ampel-Regierung. Es wäre auch seltsam, wenn die Opposition die Regierenden lobt. Sie will selber an die Regierung und verspricht, alles besser zu machen. Auch die Verbände der Industrie reden ihre Situation schlecht. Damit sollen Investitionshilfen, Steuerenkungen und Abbau von Regulierungen begründet werden.

Besonders vor einer Tarifrunde ging es den Unternehmen schon immer schlecht. Entweder waren sie in der Krise oder es stand eine bevor.

Seltsam: der Aktienindex DAX, in dem die 40 größten deutschen börsennotierten Unternehmen vertreten sind, erreicht momentan einen Rekordstand nach dem anderen.

Dabei wurde doch immer der DAX als Maßstab für die Stimmung in der Wirtschaft genommen:

DAX hoch = Zukunft rosig, DAX niedrig = Krise.

Und die Ampel-Regierung zerlegt sich selbst. Endlich hat der Kanzler die Notbremse gezogen und den Finanzminister rausgeworfen. Die FDP blockierte ständig als Opposition innerhalb der Koalition viele Gesetzesvorhaben.

Was kann der Regierung ohne Parlamentsmehrheit noch gelingen? Die Opposition drängt auf sofortige Neuwahlen, der Bundeskanzler will erst kurz vor Weihnachten die Vertrauensfrage stellen. Wahlen müssen personell, organisatorisch und technisch vorbereitet werden. In Berlin wissen wir, was schlecht vorbereitet bedeutet.

Ramon Zorn

Reformvorschläge für ein zukunftsfähiges Gesundheits- und Pflegewesen Solidarisch, gerecht und kurzfristig umsetzbar

Am 10. Oktober 2024 fand eine gemeinsame Fachtagung der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) und des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Hans-Böckler-Haus statt.

Die Politiker der Regierung haben die Wichtigkeit der Gesundheits- und Pflegeversorgung erkannt. Die SPD hatte ausdrücklich in ihr Parteiprogramm zur Bundestagswahl 2021 die verstärkte Aufmerksamkeit für das Gesundheitswesen aufgenommen. Leider wurde die Umsetzung des oben genannten Programmpunktes nicht in das Koalitionsprogramm aufgenommen.

Die FES nahm sich der Aufgabe an und beauftragte eine Expert_innengruppe, machbare Reformen und Vorschläge zu erarbeiten, die bis 2025 als umsetzbar betrachtet werden können.

Die Teilnehmer der Expert_innengruppe haben als Privatpersonen an den 10 Vorschlägen mitgearbeitet. Dr. Matthias Gruhl (ehemaliger Staatsrat für Gesundheit und Verbraucherschutz in Hamburg) hat die Ergebnisse zu Papier gebracht. In der 2023 veröffentlichten Broschüre sind die einzelnen Punkte ausführlich erläutert.

In dieser Veranstaltung wurde die Broschüre vorgestellt und in einem kurzen Beitrag erläutert.

Die Vorschläge sind:

1. Reformen mit den Bürger_innen und nicht gegen sie durchsetzen
2. Bedarfs- und versorgungsgerechter Einsatz des verfügbaren Personals
3. Optimierte Navigation der Patient_innen an den Eintrittspunkten in das Gesundheits- und Pflegewesen
4. Verantwortlichkeit an Patientenpfaden ausrichten
5. Synergieeffekte an den Sektorengrenzen nutzen
6. Reduzierung abrechnungstechnisch bedingter, nicht bedarfsorientierter Leistungserbringung
7. Öffnung des Ärztlichen Behandlungsmonopols
8. Bündelung der pflegerischen Verantwortung und Öffnung neuer Organisationsmodelle in der Pflegepraxis
9. Digitale Transformation jetzt!
10. Prävention gestalten

Die FES meint, dies sei mit vergleichsweise geringem Aufwand innerhalb der nächsten Jahre umsetzbar. Sie seien dabei als realistische Schritte in Richtung umfassender Strukturanpassungen zu verstehen..

Siegfried Schicke

Was ist schon so schlimm an der AfD? Alles.

Man kann sie N... nennen oder nicht: ihr Gedankengut entspricht dem Regime, das wir für überwunden geglaubt hatten. Sie vergiften seit Jahren mit ihren Parolen die öffentliche Diskussion. Hass und Hetze gegen Andersdenkende und die Drohung, sie werden „aufräumen“, wenn sie an die Macht kommen.

Völkisch und rassistisch sind ihre Ansichten. Wobei – nebenbei bemerkt – „deutsch“ weder als Rasse noch als Volk im biologischen Sinn existiert. Da sind wir in Mitteleuropa eine Mischung aus vielen Völkern, die hier im Laufe der Jahrhunderte durchgezogen sind oder sich angesiedelt haben.

Illegale Einwanderung ist zur Zeit ein Problem. Es wird aber dazu genutzt, alles „Fremde“ abzulehnen.

Die Sorge um den deutschen Standort kaschiert nur die generelle Fremdenfeindlichkeit. Ärgerlich, dass viele Politiker sich die Themen von der AfD aufdrücken lassen, in der Meinung, so lasse sich diese Partei bekämpfen.

Ein Punkt aus dem Parteiprogramm der AfD: **die Familienpolitik**. Da gibt es zunächst nur zwei gleichberechtigte Geschlechter. Wer sich als etwas dazwischen fühlt, soll damit selber klarkommen.

Hört sich tolerant an, aber ist es auch so gemeint?

Da steht, die Frau wird als gleichberechtigt wertgeschätzt. Sie soll sich selbstbestimmt entwickeln können, wobei diese Selbstbestimmung im Kinderkriegen und Haushaltführen besteht. Zwischen den Zeilen zu lesen: Berufsausbildung und Karriere gehören nicht zum Wesen der Frau! Denn die Geburtenrate ist zu niedrig und deswegen muss die deutsche Frau gebärfreudiger werden.

Was im Programm freundlich und geschmeidig formuliert ist, hört sich auf den Tribünen und Rednerpulten deutlich anders an. Da wird hemmungslos drauflos gehetzt.

Was die Wähler sich dabei denken, diese Partei zu wählen, darüber wird viel spekuliert. Ist die Ampelpolitik schuld, die Ahnungslosigkeit der Jungwähler, Fehler bei der Wiedervereinigung oder waren die Sachsen schon immer so? Will dort tatsächlich fast ein Drittel der Wähler eine rechte Diktatur? Man möchte es nicht glauben.

Wir werden jedenfalls weiter für eine weltoffene liberale Gesellschaft eintreten.

Ramon Zorn

Der Senioren-Arbeitskreis in der Tarifrunde

Vom Tarifauftakt am 14. September bis zum Tarifabschluss am 12. November

Eine Bestandsaufnahme und ein Resümee unserer Unterstützung bei den Warnstreiks der IG Metall.

Der Tarifauftakt in Potsdam war meines Erachtens ein voller Erfolg für unsere Beteiligung. Wir waren gut vertreten und mit unseren beiden Transparenten gut sichtbar.



Beim ersten Warnstreik bei Daimler Benz in Marienfelde waren wir super erkennbar und in der Abendschau vom Tage war unser Transparent der Öffner und der Schluss der Sendung.

Wir hatten dann eine Liste aller Warnstreiks, die in Berlin stattfinden würden. Wir hätten dann aber unsere Beteiligung besser koordinieren müssen. Es gab ja viele Warnstreik fast zur gleichen Zeit und wir konnten unsere zwei Transparente nur bei den großen Warnstreiks einsetzen. Wir hätten unsere Mannschaft im Vorfeld so einteilen sollen, dass wir noch mehr Warnstreiks hätten begleiten können. So wie es gelaufen ist, war Vieles von der Eigeninitiative einiger Kollegen abhängig.

Die Organisation der Berliner Warnstreiks war hervorragend gemacht. Endlich klappte es mit der Übertragungstechnik, Kaffee, Tee, Früchtepunsch, Brezeln und sogar warme Würstchen bei Pierburg. Fahnen und große Transparente ergaben mit den verteilten Warnstreik-Ausrüstungen (Westen, Mützen und Trillerpfeifen) ein starkes Bild vor Ort. Die Reden waren sehr gut und dem Ziel der Warnstreiks angepasst.

Ich war ja zum Anfang skeptisch, ob das mit den Warnstreiks bei den kleineren Firmen klappen würde, wurde aber von den Kollegen bei Hettich und SKF glänzend widerlegt.



Egal, wie man das Tarifergebnis bewertet: die Warnstreiks waren ein Erfolg der Planung durch unsere Geschäftsstelle mit dem gesamten Team der IG Metall Berlin.

Text und Fotos Werner Kühnemann





Foto Hartmut Herold



Foto IG Metall

Tarifaueinandersetzung in der Metall- und Elektroindustrie

Superkampfwochen für die Seniorinnen und Senioren

Die Seniorinnen und Senioren des Arbeitskreises hatten seit dem 29. Oktober viel zu tun. Die Warnstreiks für eine Entgelterhöhung um 7 Prozent und die Erhöhung der Vergütung der Auszubildenden um 170 Euro fanden große Zustimmung nicht nur in den Betrieben, sondern auch bei uns.

Das empörende Angebot nach drei Verhandlungen mit den Arbeitgebern trug nur zu unserer Mobilisierung bei: Erstmal nichts, dann langfristige, mickerige Erhöhungen, die nicht einmal die Inflation ausgeglichen hätten. Das war eine Verhöhnung der Arbeitenden. Also hieß es, Solidarität zu leben und vor die Werkstore zu gehen. Viele Seniorinnen und Senioren waren mit ihrem Solidaritäts-Transparent dabei. Sie wurden herzlich willkommen geheißen. Über 9.000 Kolleginnen und Kollegen aus 58 Berliner Betrieben haben sich in den zwei Wochen an Warnstreiks beteiligt.

Einigung am Dienstagmorgen in Hamburg

Am 12. November gab es dann einen Pilotabschluss der IG Metall Bayern und Küste mit den Arbeitgebern.

Das Ergebnis: Nach einer Einmalzahlung von 600 Euro bis spätestens Februar 2025 steigen die Monatsentgelte ab April 2025 um 2,0 Prozent sowie um weitere 3,1 Prozent ab 1. April 2026. Statt der geforderten 170 Euro steigt die Auszubildendenvergütung um 140 Euro.

Bei dem in den Betrieben beliebten jährlichen „Tariflichen Zusatzgeld“ (T-ZUG B) gibt es weitere Verbesserungen. Es gilt jetzt auch für Teilzeitbeschäftigte. Dabei bestehen die Arbeitgeber weiterhin auf eine „Differenzierung“. Das bedeutet verschieben oder ganz aussetzen des tariflichen Zusatzgeldes, wenn ihre Nettorendite unter 2,3 Prozent sinkt.

Mit den Löhnen steigen in den nächsten Jahren auch die Renten. Es hat sich gelohnt, vor die Werkstore zu ziehen, denn wir dürfen uns die Solidarität nicht nehmen lassen und müssen zusammenstehen.

Am 20. November haben IG Metall und die Arbeitgeber von Berlin-Brandenburg den Pilotabschluss übernommen.

Hartmut Meyer



Foto Astrid Diebitsch



Foto Ramon Zorn

Protestaktion am 6. November auf der Straße des 17. Juni

Inflationsausgleichsprämie auch für Rentner und Rentnerinnen

Der Seniorenbeirat Stöckelsdorf (wer kennt es nicht) hat die Forderung öffentlich gemacht und sich mit den umliegenden Städten Lübeck und Hamburg vernetzt. Eine Unterschriftensammlung, der wir uns auch in Berlin angeschlossen hatten, erreichte über 250.000 Unterstützungen.

Zur Aktion auf der Straße des 17. Juni reisten die Senioren aus Norddeutschland mit Bussen an. Aus Berlin waren nicht nur Gewerkschaften vertreten, auch der Sozialverband Deutschland und die Seniorenvertretungen der Bezirke. Unser Arbeitskreis war mit Transparent und einem guten Dutzend Mitgliedern dabei.

Die mehr als 1.000 Teilnehmenden hörten Redebeiträge von Politikern, Vertreter*innen der Bündnisbeteiligten und Grußworte aus Berliner Gewerkschaften. Sie bekräftigten alle die Berechtigung der Forderung nach einer Inflationsausgleichsprämie.

Schon die Gerechtigkeit gebietet, dass gerade die am meisten unter der Teuerung Leidenden unterstützt werden – wogegen wesentlich besser gestellte Pensionäre bedacht worden sind.

Auch die generelle Erhöhung der Renten gegen Altersarmut und eine allgemeine Bürgerversicherung, in der alle Erwerbstätigen einzahlen sollen, wurden thematisiert.

Die Kartons mit den Unterschriften wurden den drei anwesenden Abgeordneten Frank Bsirske / Grüne, Matthias W. Birkwald / Linke, Alexander Ulrich / BSW überreicht.



Foto Hartmut Herold

Ramon Zorn

Mitgliederversammlungen

finden in der Regel im IG Metall-Haus im Alwin-Brandes-Saal um 14 Uhr statt. Eingeladen sind alle IG Metall-Mitglieder, die Rente beziehen oder in Altersteilzeit sind.

Termine: jeweils mittwochs 26. Februar, 23. April, 25. Juni, 24. September und 26. November

Geplante Themen 2025: Für Frieden - gegen Kriege, Kampf gegen rechts und Rassismus, Stadtentwicklung - Klimakrise, Digitalisierung - Abschaffung des Bargelds

Mitgliedertreffen

Geplante Treffen, die Termine sind noch in der Klärung.

Anmeldungen nur am Anmeldetag 10-13 Uhr, persönlich im IG Metall-Haus (Raum 123) oder telefonisch unter 030 25387-160.

Januar	Renaissancetheater	am 27.01.	Anmeldung abgeschlossen
Februar	Wühlmäuse	am 18.02.	Anmeldung am 09.12.24
März	Philharmonie	am 12.03.	Anmeldung am 10.02.
April	Rheinsberg	am 24.04.	Anmeldung am 17.03.
Mai	Spargelesen	am 21.05.	Anmeldung am 14.04.
Juni	Velten: Ofenmuseum	am 12.06.	Anmeldung am 21.06.

Für das 2. Halbjahr gibt es noch keine konkreten Planungen für Mitgliedertreffen.

Die Termine und eventuelle Themenänderungen werden veröffentlicht:

- in unserem „Senioren-Report“, der zu den Mitgliederversammlungen erscheint,
- in der zweimonatlich erscheinenden „metall“ auf der Berlin-Seite unter „Termine“,
- im Internet unter <https://www.igmetall-berlin.de/gruppen/ak-senioren/termine>

Termine